

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 03. November 2001

112. Jahrgang Nr. 31.326

Bedeutungslose Kabinettsrochaden

Vor den Wahlen des 14. Oktober beharrten die meisten politischen Beobachter auf der These, dass Präsident de la Rúa unmittelbar nachher eine umfassende Kabinettsreform verfügen würde. Das trat jedoch nach den Wahlen keinesfalls ein. Die Lesarten hielten täglich an, zumal sie aus Regierungskreisen gespeist wurden. Politische Gerüchte, wenn es sich um Ernennungen und Demissionen im Kabinett handelt, entspringen erfahrungsgemäss dem Geschwätz politischer Mitarbeiter der Exekutive, die täglich mit Journalisten sprechen.

Die erste Kabinettsänderung trat in der Vorwoche ein, als Sozialminister Juan Pablo Cafiero, einziger verbliebener Frepaso-Politiker im Kabinett, zurücktrat. Der Präsident versuchte, ihn zu überzeugen, dass er bleiben sollte, doch Cafiero hatte sich auf ein ehrgeiziges Sozialprogramm eingeschworen, für das im Zeichen des obwaltenden Nulldefizits keine Etatposten locker gemacht werden konnten. Nachdem er sich diese Falle gelegt hatte, fiel er selber hinein und nahm den Hut.

De la Rúa ernannte daraufhin zur allgemeinen Überraschung den Mitarbeiter Cafieros, Sozialsekretär Daniel Sartor, ein ausserhalb der radikalen Partei weitgehend unbekannter Politiker. Sartor hatte seine politische Laufbahn in der Provinz Rio Negro abgedient, wo der radikale Gouverneur Pablo Verani ihn für den Ministerposten empfahl.

Weitere Kabinettsrochaden sind inzwischen unterwegs. Der bisherige Tourismussektretär Hernán Lombardi konnte schliesslich sein Lieblingsprojekt durchsetzen und den Präsidenten überzeugen, ihn zum Minister für Kultur, Tourismus und Sport zu ernennen. Dieses bürokratische Unding mit drei Ressorts, die überhaupt nicht miteinander verwandt sind, wird selbstverständlich mehr Staatsausgaben erheischen. Lombardi stützt sich auf den Einfluss der sogenannten Sushi-Gruppe der Präsidentensöhne Antonio und Fernando, auf die ihr Vater offensichtlich hört. Da Lombardi sich stets mit dem Tourismus beschäftigt hat, auch bevor er sein Amt als Tourismussektretär antrat, dürften die beiden anderen Ressorts für Kultur und Sport im Nachteil verbleiben.

Arbeitsministerin Patricia Bullrich musste der ständigen Opposition der Gewerkschafter weichen, die offenbar den Kabinettschef Christian Colombo überzeugt hatten, dass die Ministerin ein Hindernis für einen politischen Dialog zwischen Regierung und Gewerkschaften sei. Bullrich hatte den Gewerkschaftern vorgeschrieben, ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse eidesstattlich offen zu legen, was die Gewerkschafter in Rage versetzte. De la Rúa war entschieden schlecht beraten, seine forsche Ministerin zu opfern, die ausser Colombo und Wirtschaftsminister Cavallo als einziges Kabinettsmitglied die Regierungspolitik stets verteidigt hat, auch im Fernsehen in bemerkenswerten Auseinandersetzungen mit Gewerkschaftsgewaltigen. Die eidesstattlichen Erklärungen wurden sogleich gestrichen. Eins zu Null für die Gewerkschafter.

Ein neues Ministerium für soziale Sicherheit mitsamt einer zu schaffenden sogenannten Agentur, die alle Sozialprogramme verwalten soll, wird Patricia Bullrich übertragen. Ihr fallen dann Etatposten von über 20 Milliarden Pesos zu, je nachdem wieviele Sozialprogramme unter ihre Fittiche fallen werden. Zur Sozialverwaltung Anses, die von ihrem Zögling Douglas Lyall geführt wird, der einige Augiasställe ausräumt, kommt ab 2002 die neue Sozialagentur hinzu, die zahlreiche Sozialprogramme vereinheitlichen soll. Die Ministerin erwartet Ersparnisse von 150 Millionen Pesos, damit ein Kindergeld von 30 Pesos im Monat an alle Arbeitnehmer mit weniger als tausend Pesos Lohn, gleich ob schwarz oder nicht, sowie hundert Pesos Gnadenrente an 75jährige ohne normale Renten ausbezahlt werden. Diese Rechnung soll ohne Zusatzetats aufgehen, was abzuwarten ist. Dem Sozialminister Sartor verbleiben herzlich wenige Programme.

An Stelle Bullrichs tritt der UCR-Politiker aus der Provinz Bue-

„Keine Alternative“

Präsident Fernando de la Rúa hat weitere Einsparungen und Bemühungen um eine Minderung der Schuldenlast im kommenden Jahr angekündigt. In einer am Donnerstagabend im Radio und Fernsehen übertragenen Ansprache versprach de la Rúa, „überflüssige Ausgaben“ zu vermindern und die Kosten der politischen Institutionen zu senken. Eine zeitweise Verminderung der Sozialabgaben sowie der Mehrwertsteuer soll die Kaufkraft erhöhen und damit den privaten Konsum ankurbeln.

Eine an den internationalen Finanzmärkten befürchtete Zahlungsunfähigkeit Argentiniens angesichts Schulden in Höhe von etwa 160 Milliarden Dollar sowie eine Aufgabe der Dollarbindung der Landeswährung Peso schloss De la Rúa erneut kategorisch aus. „Argentinien steht zu seinen Verpflichtungen“, sagte der Präsident. „Es gibt keine Alternative“ Das Land befinde sich in einem „entscheidenden Moment“. Die Argentinier seien daher aufgerufen, sich „wie Patrioten“ zu verhalten, um ihre Gegenwart und Zukunft zu sichern. De la Rúa betonte, die Regierung werde unbeirrt an der Politik des Null-Defizits festhalten und nicht mehr Geld ausgegeben, als eingenommen werde.

Kern des angekündigten „Argentinien-Plans“ ist das Angebot an die Inhaber argentinischer Staatsanleihen, ihre hochverzinslichen, aber als extrem riskant geltenden Papiere in sicherere Anleihen mit einer Verzinsung von nur sieben Prozent jährlich umzutauschen. Mit diesen Papieren soll der Inhaber Steuern begleichen können, wenn der Staat sich als zahlungsunfähig erweisen sollte.

Die Finanzmärkte reagierten zunächst skeptisch auf die seit den Parlamentswahlen am 14. Oktober erwarteten Maßnahmen. In einer ersten Reaktion stieg das von der US-Bank J.P.Morgan errechnete Länderrisiko am Freitagmorgen auf den neuen Höchststand von mehr als 2.400 Basispunkten.

nos Aires, José Gabriel Dumón, derzeit Nationaldeputierter, das Arbeitsministerium an. Sicherlich wird er sich bemühen, Liebling mit den Gewerkschaftern zu spielen, die stets darauf bedacht sind, Vorteile vom Arbeitsamt zu erhaschen, was ihnen unter der Führung von Patricia Bullrich misslang. Dumón war in den achtziger Jahren Erziehungsminister der Provinz unter Gouverneur Armendáriz und in der Nationalregierung für wenige Wochen unter Präsident Alfonsín.

Die Kabinettsrochade soll, wie verlautet, am 10. Dezember mit der Ernennung von Rafael Pascual, Vertrauter des Präsidenten und derzeit Vorsitzender der Deputiertenkammer, der als Deputierter nicht wiedergewählt wurde, an Stelle von Ramón Mestre das Innenministerium übernehmen. Letzterer soll dann den Gesundheitsminister Héctor Lombardo ersetzen, den alle Gerüchte längst totgesagt haben. Diese Rochade bleibt freilich abzuwarten.

Das nationale Kabinett wächst auf 13 Minister gegen traditionell nur acht an, zuzüglich der Kabinettschef, wobei Präsidialsekretär Nicolás V. Gallo seine Machtstellung ausgebaut hat, als ihm unlängst per Dekret die Befugnis zugeschanzt wurde, dass er alle Dekrete und Gesetze mitunterzeichnet, welches Privileg bisher den Kabinettsmitgliedern laut Verfassungsvorschrift vorbehalten war. Gallo ist nicht Minister, doch seinem Amt wurde formell der Ministerrang verliehen, was ihm im Machtspiel der Exekutive Einfluss verschafft.

Die Kabinettsrochade mit Neuernennungen mag die Neugier politischer Beobachter befriedigen, die sich mit solchen Lesarten genüsslich tun, aber grosse Bedeutung für das kommende Geschehen darf ihr keinesfalls beigemessen werden. Sie zeigt den einsamen Präsidenten de la Rúa umgeben von Parteigetreuen ohne Frepaso-Alliierte im Kabinett im Marschschritt auf die zweite Hälfte seines vierjährigen Mandats, während die Politiker nach Staatsgeldern lechzen, die im Nulldefizit verschwunden sind.

Randglossen

Die Regierungsalianz der UCR und des Frepaso zerbröckelt. Im nationalen Kabinett von jetzt 15 gegen früher 8 Mitgliedern gibt es keinen Frepaso-Minister, wogegen mehrere Staatssekretäre und andere Mitarbeiter mit Parteizugehörigkeit Frepaso ihre Ämter weiterhin verwalten. Die jüngste Auflösung der politischen Allianz wurde in der Deputiertenkammer vollzogen, wo die Frepaso-Fraktion aus der gemeinsamen Fraktion mit UCR-Deputierten mehrheitlich ausschied und eine eigene Fraktion bildete. Gleichzeitig verliessen zwei Sozialisten die Frepaso-Fraktion. Diese Auflösung der Regierungsalianz erlaubte der justizialistischen Fraktion, bereits vor dem 10. Dezember die erste Minderheit zu bilden, die nach diesem Datum als Folge der jüngsten Deputiertenwahl gesichert ist. Unterdessen: Ade Allianz, die vor drei Jahren vereinbart wurde und vor zwei Jahren die Wahlen gewann.

Darf sich ein Vorgesetzter in der Öffentlichkeit von einem Untergebenen zurückdrängen lassen? In normalen Unternehmen nicht, aber Österreich ist auch kein normales Unternehmen. Dort muss die Außenministerin Benita Ferrero-Waldner bei offiziellen Akten in die zweite Reihe, während ihre Untergebene, die Diplomatin Margot Löffler, an vorderster Front Hände schütteln darf. Protokollarisch ist das nicht weiter verwunderlich, denn Frau Löffler ist als Gattin von Bundespräsident Thomas Klestil im Nebenberuf First Lady. Protokoll ist Protokoll, das muss eine Außenministerin eigentlich wissen, obwohl es für Frau Ferrero-Waldner natürlich ärgerlich ist, dass Frau Löffler ihre Nebenrolle so offensichtlich genießt. An gewöhnlichen Werktagen wird die Hierarchie dann wieder zurechtgerückt. Insider berichten von „Schreiduellen“ zwischen der Ministerin und ihrer Mitarbeiterin. Musik und Libretto diese Szenariums könnten von Richard Strauss stammen.

WOCHENÜBERSICHT

Abschaffung von Sondervollmachten

Am Dienstag ist eine Außerkräftsetzung des Gesetzes gescheitert, durch das der Exekutive für ein Jahr Vollmachten des Kongresses delegiert werden. Wie bei den vorangegangenen drei Versuchen kam ein Quorum nicht zustande. Dessen ungeachtet arbeitete am gleichen Tag die Abgeordnetenkommission eine Gesetzesvorlage aus, in dem eben die Abschaffung der Sondervollmachten vorgesehen ist, die der Exekutive im März zugestanden wurden. Aufgrund dieser Sondervollmachten wurden 30 Dekrete ohne die Notwendigkeit erlassen, vom Kongress begutachtet zu werden.

Polo Social-Fraktion

Die Partei des Geistlichen Luis Farinello hat per Kommuniqué den Eintritt der Abgeordneten Daniel Carbonetto und Francisco Gutiérrez in die Fraktion des Polo Social erklärt. Zuvor war vermutet worden, dass die beiden Abgeordneten nach dem 10. Dezember in der PJ-Fraktion tätig sein würden.

Menem-Antrag

Die Verteidiger des Ex-Präsidenten Carlos Menem haben am Dienstag in einem an den Obersten Gerichtshof gerichteten Schreiben beantragt, die Bundeskammer zu veranlassen, umgehend die von Bundesrichter Jorge Urso verhängte Untersuchungshaft zu bestätigen oder aufzuheben. Aus Gerichtskreisen verlautet, dass nur eine Ablehnung des Antrages in den nächs-

ten Tagen erfolgen könne. Wenn die Richter aber den Antrag der Verteidiger akzeptieren, würde das Verfahren länger dauern.

Aus für Romero Feris

In Corrientes ist am Mittwoch Ex-Gouverneur Raúl „Tato“ Romero Feris wegen Amtsmissbrauchs und betrügerischer Machenschaften mit öffentlichen Mitteln zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Gleichzeitig sprach das Gericht in seinem Urteil Romero Feris die Befähigung für die Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von sieben Jahren ab.

Rücktritt in La Rioja

In der Provinz La Rioja ist am Montag Kabinettschef Beder Herrera zurückgetreten und hat gleichzeitig sein Amt als Vizegouverneur niedergelegt. In einem persönlichen Schreiben an den Gouverneur Angel Mazza versicherte Herrera, die Aufgabe seiner Ämter habe ausschließlich gesundheitliche Gründe und erfolge auf ärztliche Anweisung.

Fox-Besuch

Der mexikanische Präsident Vicente Fox wird voraussichtlich vom 25. bis 27. November zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Argentinien kommen. Hauptanliegen des Aufenthaltes von Fox in Buenos Aires ist nach mexikanischen Medienangaben ein gemeinsamer Aufruf mit seinem Amtskollegen Fernando de la Rúa für die „Schaffung eines dauerhafteren als des bestehenden internationalen Finanzsystems“.

Giavarini auf Reisen

Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini fliegt am Montag nach Santiago de Chile. Auf dem Programm stehen Gespräche mit seiner Amtskollegin Soledad Alvear über Wirtschaft und regionale Sicherheit.

Carrió contra Menem

Die Abgeordnete Elisa Carrió hat am Dienstag gefordert, dass zwei Mitglieder des Obersten Gerichtshofes sich bei Entscheidungen im Zusammenhang mit der Haftentlassung von Carlos Menem und Emir Yoma für befänglich erklären müssten. Die Richter Julio Nazareno und Adolfo Vázquez seien für erklärte Freundschaft zu den Inhaftierten bekannt, erklärte Carrió und das sei ein in der Strafprozessordnung verankerter Grund für die Ablehnung des Richters.

Reibereien

Am Mittwoch ist es zu einem ersten Kompetenzstreit zwischen Sozialentwicklungsminister Daniel Sartor und der neuen Ministerin für Soziale Sicherheit, Patricia Bullrich, gekommen. Sartor weigerte sich, ein Dekret zu unterzeichnen, dass die spezifischen

Vollmachten der beiden Ministerien aufteilt.

Besuch für CGT

Der neue Arbeitsminister José Gabriel Dumón hat am Mittwoch bei einem Besuch in der Gewerkschaftszentrale CGT die Zusage einer konstruktiven Zusammenarbeit erhalten. An dem Gespräch nahmen neben den CGT-Chefs Rodolfo Daer und Hugo Moyano auch die Gewerkschafter Juan Palacios und Jorge Viviani teil. Es war seit den Zeiten Alberto Flameriques der erste Besuch eines Arbeitsministers bei der CGT.

Ablösung für GIs

Argentinische Truppen könnten bald auf dem Balkan ihre Präsenz verstärken, wenn die USA beschließen, ihre dort stationierte Soldaten nach Afghanistan zu schicken. „Es wäre problemlos machbar und wir sind bereit dazu“, erklärte Heereschef Generalleutnant Ricardo Brinzoni auf einer Rundreise durch Europa. Die USA hätten sich bisher jedoch noch nicht entsprechend geäußert, sagte Brinzoni. In Kosovo hatte Brinzoni argentinische Truppen, die einem italienischen Pionierbataillon unterstellt sind, besucht.



SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Gouverneure leisten Widerstand

Keine Einigung zwischen PJ- und Allianzmandatären

Auch am Mittwoch ist es Präsident Fernando de la Rúa nicht gelungen, zu einer großen Übereinkunft sowohl mit den Gouverneuren PJ als auch der Allianz zu gelangen. Unmittelbare Folge ist, dass eine Neugestaltung der öffentlichen Schuld nicht vorgenommen werden kann und ebensowenig eine Bekanntgabe der neuen Wirtschaftsmaßnahmen zur Belegung des Konsums möglich ist. „Die Verkündung der Maßnahmen wird erst erfolgen, wenn eine Einigung mit den Gouverneuren zustande kam“, erklärte am Mittwoch Regierungssprecher Juan Pablo Baylac.

Der Präsident seinerseits sagte den Journalisten, bevor er sich von der Casa Rosada aus in die Residenz nach Olivos begab, „wichtig ist der Austausch von Meinungen“, und bezog sich dabei auf das Treffen mit den fünf PJ-Gouverneuren. De la Rúa fügte hinzu, er wolle die Maßnahmen unter dem Zeichen der Beteiligung bekanntgeben.

Der Tag hatte durch die Schlange von Besuchern im Regierungsgebäude, die sich die Klinke in die Hand gaben, eine besondere Note bekommen. So waren die bedeutendsten Gouverneure von PJ und Allianz, die Führungscrew der Gewerkschaften und die Chefs der Fraktionen im Kongress erschienen. Es hatte Momente der Spannung gegeben und in einem Fall wütende Schreie des radikalen Gouverneurs Angel Rozas. Die Gespräche mit den Gouverneuren scheiterten jedoch an deren Weigerung, für die Steuerbeteiligungen der Provinzen Schuldscheine zu akzeptieren. Sie forderten die Zahlungen dieser Schulden der Nationalregierung in bar, bevor über die Mitbeteiligung an den Steuern für 2002 gesprochen wird.

Die fünf PJ-Gouverneure, Carlos Ruckauf, José Manuel de la Sota, Adolfo Rodríguez Saá, Rubén Marín und Carlos Reutemann, die sich in der Casa Rosada mit dem Präsidenten trafen, erhofften sich zudem auch Aufklärung über die kommenden Wirtschaftsmaßnahmen. Sie verließen am Ende enttäuscht das Regierungsgebäude, denn de la Rúa wollte zwar politische Unterstützung, aber ohne Aufklärung wofür und erzielte damit eine Zunahme der Ungewissheit.

Die Allianz-Gouverneure hingegen hatten bei ihrem Treffen mit Kabinettschef Chrystian Colombo und Innenminister Ramón Mestre zu allem ihrem Unbehagen einen neuen Grund für eine Verstärkung eben dieses Unbehagens bekommen. Es ging dabei um die Mittel, die den vom PJ verwalteten Provinzen überwiesen werden. Die Diskussion darüber bedeutete dann das „Aus“ für die bereits festgefahrenen Verhandlungen über die Steuerbeteiligungen, die ihnen die Regierung schuldet.

Im Einzelnen ging es um eine Überweisung von 65 Millionen Pesos an die Provinz Buenos Aires, mit der ein Rückzahlungstermin der Provinz gewahrt wurde. Colombo und Mestre warfen die Gouverneure vor, den Peronisten zu „helfen“ und den Provinzen mit Allianzregierung eine Hilfe zu gewähren.

Die größte Niederlage erlitt die Regierung aber nicht an den Verhandlungstischen, sondern in der Abgeordnetenversammlung. In einem traumatischen, tränenreichen Bruch verkündete die Allianzfraktion die Scheidung von Frepaso und UCR. Politisch gesehen bedeutet der Bruch, der längst sich abgezeichnet hatte, für Regierung und UCR eine weitere Verschärfung der ohnehin schon prekären Situation. Doch auch der Frepaso, dessen weitere Entwicklung vorerst ungewiss ist, wird „politische Zeche“ zu zahlen haben. Dissidenten werden auch in dem Linksbündnis nicht ausbleiben.

Gehaltszulagenmanöver im Senat

Ungeachtet der Tatsache, dass der Countdown für die Neu-Zusammensetzung des Senats am 10. Dezember bereits begonnen hat, haben parteiübergreifend mehrere Senatoren eine Resolution unterzeichnet, die eine Ausgabenerhöhung von 260.000 Pesos vorsieht. Es handelt sich um als Neueinstufung deklarierte Beförderungen von Direktoren und Unterdirektoren. Das Projekt geht auf eine Initiative von Radikalen und Peronisten zurück.

Der Antrag durchlief bislang die Kommissionen für Haushalt und Finanzen, Gemeinde- und Verwaltungsangelegenheiten, sowie Arbeit und Soziale Vorsorge, und sollte am Mittwoch im Senat diskutiert

Dumón neuer Arbeitsminister

Abgesetzte Patricia Bullrich jetzt Ministerin für Soziale Sicherheit

Der radikale Abgeordnete José Gabriel Dumón hat Patricia Bullrich an der Spitze des Arbeitsministeriums abgelöst. Die Ex-Ministerin übernimmt fortan das Ministerium für Soziale Sicherheit, dem auch das noch zu schaffende Sozialamt unterstellt wird. Tourismussektretär Hernán Lombardi hingegen steht dem brandneuen Ministerium für Kultur, Tourismus und Sport vor. Die derzeitigen Sekretäre für Kultur, Darío Lopérfido, und Sport, Marcello Garraffo, werden Lombardi unterstellt.

Die drei neuen Minister wurden am Montag im Weißen Salon der Casa Rosada vereidigt. Die Ernennungen, Ergebnis langandauernder Beratungen vom vorangegangenen Sonntag, wurden am Abend von Regierungssprecher Juan Pablo Baylac bestätigt. Während ihre Amtskollegen ihre Er- und Umbenennungen fast schon klaglos akzeptiert hatten, stellte Bullrich hartnäckige Forderungen an Präsident Fernando de la Rúa.

So weigerte sich die abgesetzte Arbeitsministerin, ihre neue Bestimmung ohne die Mittel zu übernehmen, die ihr die Gewährung von arbeitslosen Haushaltvorständen erlauben. Mit ihrem Umzug nimmt die „Gladiatorin“, wie Bullrich in Regierungskreisen genannt wird, eine bisher dem Arbeitsministerium unterstehenden Institution mit sich, nämlich die ANSES. Jetzt wird Bullrich den größten Teil der Mittel des Ministeriums für Sozialentwicklung kontrollieren, das erst in der vergangenen Woche Daniel Sartor nach dem Rücktritt Juan Pablo Cafiero übernommen hatte.

Sartors Ministerium wird damit zu einer abhängigen Abteilung für die Betreuung von Notfällen wie Überschwemmungen und anderen Katastrophen, sowie der Vermittlung bei eventuellen sozialen Unruhen.

Ungeachtet der Einschränkungen des Ministeriums, das im letzten Haushaltsvierteljahr nur mehr über 25 Prozent der ursprünglich vorgesehenen Mittel verfügen kann, scheint Sartor ebensowenig bereit wie Dumón, Widerstand zu leisten. „Sozialpläne sind nicht Eigentum eines Ministeriums, sondern der Regierung.“ Dazu übernahm Sartor eine zusätzliche Aufgabe: Wiederherstellung der Beziehungen zu den „gordos“ (Dicke) genannten Gewerkschaftsführern. Dies war nach Aussagen von de la Rúa und seinem Kabinettschef Chrystian Colombo der Hauptgrund zur Ablösung Bullrichs.

„Es scheint, dass der Präsident positive Signale an die Adresse der Gewerkschaften senden möchte“, sagte der Generalsekretär der „offiziellen“ Gewerkschaftszentrale CGT Rodolfo Daer. Damit könnte eine „Etappe von sinnlosen Reibereien und Konfrontationen, die zu nichts führten“ beendet werden. Im gleichen Zusammenhang erklärte Daer, er vertraue darauf, dass der neue Minister im Arbeitsressort eine „Etappe des Konsenses und des Dialogs mit der Gewerkschaftszentrale in Gang bringen wird.“

werden. Eine Intervention des zweiten Senatsvorsitzenden Mario Losada (UCR-Misiones), der vor der negativen Außenwirkung warnte, verhinderte aber vorerst die Vorstellung.

Die umstrittenen Beförderungen würden Funktionäre betreffen, die dem Parlamentssekretariat unterstehen, deren Chef Juan Carlos Oyarzún (PJ-Tierra del Fuego) ist. Mit einer Ausnahme sind alle Mitglieder dieser Gruppe Peronisten. Derzeit verfügen die potentiell Begünstigten über Nettoeinkommen von rund 3.000 Pesos. Sollte dem Antrag stattgegeben werden, würden sich ihre Bezüge auf 6.000 Pesos erhöhen.

Pampa unter Wasser

Tausende evakuiert / Baylac kündigte Dekret über Steuererleichterungen an



Land unter rund um Carlos Casares, rund 300 Kilometer südwestlich von Buenos Aires.

(AP-Foto)

Angesichts der schwersten Überschwemmungen seit 90 Jahren in Argentinien waren am Donnerstag in der Provinz Buenos Aires noch immer etwa 4.000 Menschen evakuiert. Mindestens ein Dutzend Ortschaften sind von der Außenwelt abgeschnitten, meldeten die Behörden.

Inzwischen konnten nach Ende der wochenlangen Regenfälle jedoch mehrere tausend Menschen wieder in ihre Häuser zurückkehren. Der Wetterdienst sagte steigende Temperaturen und Sonne zumindest bis zum Wochenende voraus.

Bei den Überflutungen nach wochenlangen Regenfällen war ein kleines Mädchen ertrunken. Bereits zu Wochenbeginn hatte in Carlos Tejedor (Buenos Aires) ein Farmer Selbstmord begangen. Der Mann habe angesichts seines durch die Wasserkraft zerstörten Anwesens keine Möglichkeit mehr gesehen, angehäuften Steuern und andere Schulden zurück zu zahlen, erklärten Familienmitglieder.

Die Verluste in der Landwirtschaft und sonstige Schäden wurden auf knapp eine Milliarde Pesos geschätzt. Etwa 5,5 Millionen Hektar landwirtschaftliche Flächen in den Provinzen Buenos Aires, Santa Fe, La Pampa und Córdoba standen zeitweise unter Wasser.

Am Donnerstag forderten in Carlos Tejedor über 10.000 Demonstranten von der Zentralregierung künftig Präventivmaßnahmen gegen das Hochwasser. Regierungssprecher Juan Pablo Baylac erklärte unterdessen in Buenos Aires, Präsident Fernando de la Rúa werde „in Kürze“ ein Dekret unterzeichnen, dass den vom Hochwasser betroffenen Regionen Steuererleichterungen in Aussicht stellt.

(dpa/AT)

AUSFLÜGE UND REISEN

Freizeit-Vergnügen in Salta und Jujuy

In Salta entsteht ein Freizeitkomplex für alle Geschmäcker. Durch die Initiative von Frank und Heike Neumann (Movi Track) haben sich zahlreiche Betreiber von Vergnügungszentren, Reisebüros und Organisatoren von Ausflügen zusammengeschlossen, um den Besuchern des Nordwestens eine übersichtliche Offerte mit allen denkbaren Freizeit- und Besuchsprogrammen zu bieten.

Zentrum dieses Interessenverbundes ist der grosse Stausee Cabra Corral bei Coronel Moldes, 50 Kilometer südlich der Provinzhauptstadt Salta, dessen Unterhaltungsangebote unter dem Begriff YacuPark (yacu bedeutet Wasser auf Quetchua) zusammengefasst sind. Es gibt rund um diesen künstlichen See Hotels, Wasserspiele, Bungee-Springen, Bootsfahrten mit einem Catamaran, Rafting auf dem Río Juramento und andere Unterhaltungsmöglichkeiten, die man mit dem YacuPass dank regulärer Omnibusverbindungen entlang dem Seeufer benutzen kann.

Ausserdem bietet die Dachorganisation Reisen mit Geländewagen entlang der Strecke des Tren a las Nubes, den Besuch der archäologischen Ruinenstätten Quilmes, Tilcara und Tastil, Fotosafaris, Exkursionen nach Humahuaca, Iruya, Cachi und Cafayate, Besuche mit Clark Expeditions

zu den vier grossen Nationalparks (Baritú, Calilegua, Rey und Pozuelos) sowie Schlauchbootfahrten über die Stromschnellen des Río Juramento. Für Jugendgruppen gibt es individuell ausgearbeitete Programme unter dem Leitmotiv FanTours. Auskünfte über die Initiative, die diesen Sommer startet, erhält man unter Tel.: (0387) 43-16749 oder im Internet: www.movitrack.com.ar.

Themenpark in Escobar

Seit einiger Zeit gibt es in Escobar, unweit der Ruta 9 Panamericana, einen interessanten Themenpark, der der einheimischen Fauna gewidmet ist. Im Grün der weitläufigen Anlage „El Lugar de las Aves“ sowie in einem grossen Teich tummeln sich etwa tausend Vogelarten. Daneben kann man in der angeschlossenen „Granja“ Kühe, Kälber, Schafe und Ponys aus der Nähe betrachten, an der Parrilla Gegrilltes verzehren, hausgemachtes „Munchi's“-Speiseeis und Dulce de Leche geniessen oder vor Ort aus eigener Milchproduktion hergestellte Käsesorten probieren. Geöffnet täglich, Auskunft Tel.: (03488) 43-6800. Der Eintritt beträgt für Kinder bis zwölf einen, für Erwachsene zwei Pesos.

FIT ein Erfolg

Dass der Fremdenverkehr bei uns weiterhin aktiv bleibt, bewies die jüngst in der Rural abgehaltene FIT (Feria Internacional de Turismo de Latinoamérica en Buenos Aires). Während der vier Tage der Öffnung wurde die Messe von 57.870 Personen besucht.

Oktoberfest in Baradero

Die „Asociación Alemana de Baradero“ veranstaltet am 9., 10. und 11. November die „Primera Fiesta Provincial, Popular, Cultural y Recreativa de la Cerveza“, mit Besuchen, Veranstaltungen, deutschen Gerichten und, natürlich, Bier vom Fass. Auskünfte und Reservierungen (auch mit Übernachtung) über Cecilia Hebeisen und Esteban Garagiola, Tel.: (03329) 48-3023/40-3792.

Marlú

NUEVA LINEA 2000 MAXIMA SEGURIDAD

KOH-I-NOOR

SECARROPAS

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE
EXCLUSIVO SISTEMA DE SEGURIDAD T.B.S.®

CAPACIDADES: 4,2Kg, 5,2Kg y 6,2Kg.
IGUALMENTE EN SU LINEA ACERO

¡ PODEROSO EL CHIQUITIN !

GUNTHER KRAUSS S.A.

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

AUTO UND MOTOR

Doppeltes Jubiläum eines Klassikers

Im Frühling des Jahres 1961 wurde in Argentinien mit der Montage des Ford Falcon (noch im ursprünglichen Werk der Firma in der Wenceslao Villafañe, im Stadtteil Boca) begonnen. Ford konnte damals in Argentinien auf eine langjährige, treue Kundenschaft zurückgreifen.



Ford Falcon, Luxusausführung 1966.

Der Falcon war in den USA als Compact Car entwickelt worden, nachdem die Nordamerikaner ihre grosse Vorliebe für den VW Käfer gezeigt hatten. Auch die anderen der „Drei Grossen“ Detroit entwickelten Kompaktwagen, um den Vormarsch des Käfers zu bremsen: General Motors den Chevy, Chrysler den Valiant.

Keines dieser Modelle, die gleichfalls in Argentinien gebaut wurden, erreichte jedoch hier die Stückzahlen des Falcon, der wiederholt mechanisch und stilistisch aktualisiert wurde.

Er war bald so populär, dass man ihn als den „Ford T des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete. Das war zwar etwas zu weit in die Zukunft gegriffen, aber immerhin rollen auch heute tatsächlich noch hunderttausende von Falcon auf den Strassen.

Die Montage aus Importteilen hatte also vor 40 Jah-

ren begonnen, bald wurde die Serienfertigung aufgenommen und nach General Pacheco verlegt. Dort lief an 15. Juli 1963 der erste effektiv ganz im Land gefertigte Wagen vom Band. Es gab als Modelle sukzessive den Futura, den Sprint, den Econo (mit Vierzylinder-Triebwerk), den Ranchero, die Rural und, mengenmässig sehr wichtig, die schwarz-gelbe Taxi-Ausführung.

Das meistverkaufte Personenauto war der Falcon sechsmal, und zwar in den Jahren 1965, 1966, 1971, 1972, 1973 und, noch ein letztes Mal, 1983. Doch ab Mitte der 80er Jahre ging es unaufhaltsam bergab, denn mittlerweile bevorzugte das Publikum modernere, leichtere, wirtschaftlichere Autos. So lief vor nunmehr zehn Jahren, im September 1991, der letzte Falcon vom Band, nachdem insgesamt 489.349 Wagen produziert worden waren, fast eine halbe Million.

Kein anderes Auto hat in Argentinien so grosse Stückzahlen erreicht, Peugeot 504 und der Renault 12 folgten mit gewissem Abstand. Eine echte Erfolgsgeschichte, an der auch viele Leser des Argentinischen Tageblattes als zufriedene Benutzer Teil hatten.

TABELLE

Torneo Apertura

Elfter Spieltag: Estudiantes LP - Racing Club 2:3, Belgrano (Cba.) - River Plate 0:2, San Lorenzo (TV) - Chacarita 3:0, Boca Juniors - Huracán 2:1, Independiente - Argentinos Jrs. 1:0, Nueva Chicago - Unión 0:3, Banfield - Talleres (Cba.) 2:1, Vélez - Rosario Central 3:1, Newell's - Lanús 2:0, Colón - Gimnasia LP 1:2. **Vorgezogen:** Boca - Racing 3:1 **Tabellenspitze:** 1. Racing 29 Punkte; 2. River 24; 3. Gimnasia LP und Boca 21.

Copa Mercosur

Viertelfinale, Rückspiele Flamengo (Bra) - Independiente 4:0 (Hinspiel 0:0), Talleres - Gremio (Bra) 0:2 (0:0), Cerro Porteño (Par) - San Lorenzo 1:2 (2:4), Corinthians (Bra) - Universidad Católica (Chi) 2:0 (1:2). SL im Halbfinale gegen Corinthians.

Problemherd Großstadt

Phänomen der Suburbanisierung tritt weltweit auf

Von Marlene Klemm

Megastädte mit bis zu 15 Millionen Einwohnern sind in Lateinamerika keine Seltenheit. Überall auf der Welt bringen die entstandenen Riesen-Metropolen Flächenmangel, Smog, Zersiedelung, Transport- und Verkehrsprobleme mit sich und machen eine nachhaltige Stadtentwicklung immer wichtiger.

Die UN hat 1996 mit der Habitat-Agenda auf das weltweite Problem geantwortet. Dort heißt es: „Die Entscheidungen, die wir heute treffen, werden weitreichende Folgen haben. Wir stellen mit großer Sorge fest, dass jeder vierte Stadtbewohner auf der Welt unter der Armutsgrenze lebt. Vielen Städten, die mit raschem Wachstum, Umweltproblemen und schleppender Wirtschaftsentwicklung konfrontiert sind, ist es nicht gelungen, die Herausforderung, eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen, angemessenen Wohnraum bereitzustellen und die Grundbedürfnisse ihrer Bürger zu befriedigen, zu bewältigen.“ Die in der UN-Resolution geschilderten Probleme sind auch für die Megastadt Buenos Aires brandaktuell. Durch den Mangel an effizienter Stadtplanung ist in der 12 Millionen-Stadt ein neues Phänomen aufgetaucht: die Suburbanisierung.



Hochschulprofessor Max Welch-Guerra lehrt mit einem DAAD-Forschungsstipendium in Buenos Aires.

(Foto: MAK)

„Mu-taciones de centralidad en el contexto de las transformaciones metropolitanas recientes“ (Veränderungen der Zentralität im Kontext des städtischen Wandels) mit den Auswirkungen der Suburbanisierung auf das Stadtbild. Suburbanisierung bedeutet die Ansiedelung von Wohnbevölkerung, von wirtschaftlichen Aktivitäten (Banken, Einkaufszentren, Geschäften) und kulturellen Einrichtungen (Theatern, Schulen, Kinos) außerhalb der Stadt, ohne dass sie im Bezug zum Stadtzentrum stehen. Charakteristisch ist die Entstehung abgeschotteter Viertel - sogenannter „barrios cerrados“ oder „gated communities“ -, in denen vor allem die reiche Bevölkerung wohnt. Kleine Läden werden durch große Shoppingcenter verdrängt, und die weiten Entfernungen sind nur mit Autos zu bestreiten. Das Phänomen, das zum erstenmal nach der Industrialisierung auftrat, gefährdet heute die Zentralität der Stadt.

Forschungsprojekt an der UBA

Seit Anfang März forscht der sonst in Deutschland lebende Chilene Welch-Guerra an der FADU (Facultad de Arquitectura, Diseño y Urbanismo), der Fakultät für Architektur, Design und Urbanisierung. „Was ich hier mache, ist kein städtebaulicher Entwurf“, so Welch-Guerra, dem der Deutsche Akademische Austauschdienst in Buenos Aires eine Forschungszeit von zwei Jahren zugespro-

Suburbanisierung und ihre Auswirkungen

Der an der UBA (Universität von Buenos Aires) lehrende Stadtplaner Max Welch-Guerra beschäftigt sich in seinem Forschungsprojekt

chen hat. Seine Untersuchungen betreffen vielmehr die Messung der langfristigen Veränderungen. Dazu würden Statistiken herangezogen, die Auskunft über Armut, Wirtschaftsgeographie und die Entwicklung der Stadt über verschiedene Zeitperioden hinweg lieferten. Wichtig sei herauszufinden, wo Bevölkerungszuwüchse und -abflüsse zu verzeichnen seien. Es werde untersucht, was an Neuem entstehe (welche Struktur die „barrios cerrados“ haben) und was mit dem aktuellen Bestand geschehe. Mit seiner 32-köpfigen Projektgruppe macht Welch-Guerra Begehungen, führt Interviews mit Experten und erarbeitet städtebauliche Bestandsaufnahmen. „Es geht darum herauszufinden, was passiert, wie es passiert, wo die Möglichkeiten einer Einflussnahme liegen - und ob diese Sinn macht. Stadtplanung ist immer umsetzungsorientiert.“ Als Leiter des Walter Gropius-Lehrstuhls arbeitet Welch-Guerra in seinem Forschungsprojekt auch mit Anthropologen und Soziologen zusammen. Eher ungewöhnlich für die Professoren und Studenten der FADU. Städteplanung ist für die werdenden Architekten in Buenos Aires bisher kaum ein Thema gewesen.

Die Zentralität ist gefährdet

„Die Leute sind stolz auf Buenos Aires, denn diese Stadt ist bekannt dafür, dass das Zentrum so lebhaft ist, dass es so viele Geschäfte gibt, dass man nachts Bücher kaufen kann und es so viele Cafés gibt. Deshalb ist Buenos Aires so berühmt geworden“, gibt der seit 1991 promovierte Politologe Welch-Guerra zu bedenken. Das kulturelle und historische Erbe von Buenos Aires stecke in der hier vorhandenen Zentralität, die jetzt gefährdet sei. Große Einkaufszentren seien in den letzten Jahren in der Peripherie entstanden. Der Niedergang der Avenida de Mayo, deren Ladenflächen kaum noch nachgefragt sind, sei beispielsweise Resultat dieses Prozesses, so Welch-Guerra. Der Migrationsprozess von der Stadt auf das Land habe zu den sogenannten „barrios cerrados“ geführt. Die Suburbanisierung verändere somit nicht nur die Peripherie, sondern auch die Innenstadt. Der Stadtextperte ist hier, um das historische und kulturelle Erbe im Sinne Gropius' zu stärken. Gropius, einer der wichtigsten europäischen Architekten, der 1919 in Weimar das Bauhaus gegründet hatte, stellte das pragmatische und sozial verantwortliche Handeln in den Mittelpunkt seines Architektenteams TAC (The Architects' Collaborative). In dem Forschungsprojekt Welch-Guerra geht es nicht um die streng geometrische und blockartige Bauweise des Bauhauses, sondern darum, alte und geschichtlich bedeutende Gebäude zu schützen, neu zu gestalten und ihren Verwendungszweck neu zu bestimmen.

Gravierende Nachteile

Die Nachteile des weltweit zu verzeichnenden Suburbanisierungsprozesses zeichnen sich laut Welch-Guerra auch in Buenos Aires ab: Zum einen bedeute er einen hohen Grad an zusätzlichen Kosten, denn es müsse eine ganz neue und selbstständig funktionierende Infrastruktur (Strom, Wasserversorgung, Straßen, Schulen, Altersheime, Krankenhäuser) in der Peripherie geschaffen werden. Der Stadt fehlten die finanziellen Mittel, um die innerstädtische Infrastruktur erhalten und erneuern zu können, weil die Bewohner der neuen Wohnsiedlungen Steuern an die eigene Gemeinde zahlten und nicht mehr an die Stadt. Eben diese Bevölkerung fahre aber weiterhin in das Stadtzentrum und benutze dort U-Bahn, Theater und sonstige Einrichtungen. Zersiedelung und das größere Ausmaß an Verkehr brächten zudem ökologische Probleme mit sich, da weitere Entfernungen zurückgelegt werden müssten und die Zahl der Tagespendler steige. Auch gesellschaftlich sei eine Segregation zu verzeichnen: Die Bürger des Wohlstandes lebten abgeschottet von den sozialen Problemen der breiten Bevölkerung, und die Kluft zwischen Arm und Reich werde nicht nur im wirtschaftlichen Sinne immer breiter. Die soziale Mischung der Stadt sei durch die Suburbanisierung gefährdet: „Im Zentrum gibt es den Verlust der Urbanität, ‚draußen‘ gibt es kein städtisches Leben. Man steigt ins Auto, fährt zum Shoppingcenter, geht dort ins Kino und nach dem Film geht man dort essen“, so der Hochschulprofessor. Als Beispiel nennt Welch-Guerra „Torre Jardín“ (Gartenturm), derzeit im Bau, eine dieser Lösungen für

Wohlhabende. Das Viertel, das durch Zäune begrenzt wird, biete verschiedene Vorteile wie Sicherheitsmaßnahmen, ein Schwimmbad und einen Tennisplatz. Die Wohnstruktur sei jedoch nach innen gerichtet.

Entwicklung der Stadt nicht sich selbst überlassen

„Ich bin Stadtplaner und kein Architekt, es geht mir nicht nur um neue architektonische Merkmale, sondern auch um die dadurch entstehenden politischen Probleme. Zum Beispiel ist es frappierend, wie diese Stadt mit einer qualifizierten Verwaltung einen Flächennutzungsplan entwerfen kann, der Buenos Aires als eine Art Insel darstellt. Dieser Flächennutzungsplan, der bestimmen soll, wo neue Zentren angelegt werden können, entstand ohne Absprache mit den umliegenden Gemeinden.“ Dabei sei die Koordinierung zwischen Stadt und Land, nicht nur hier, sondern auch in anderen Ländern, von grundlegender Bedeutung.

„Das Interessante an der Stadterneuerung ist, dass es ein Bereich ist, der in der Bundesrepublik sehr stark durch die öffentliche Hand bestimmt wird“, so Welch-Guerra. In Argentinien sei im Gegensatz dazu der Einfluss der Stadtverwaltung eher gering. Das in Deutschland ausgereifte System der Stadterneuerung beinhalte den gesellschaftlich-politischen Konsens, die Entwicklung der Stadt nicht sich selbst zu überlassen, sondern sie als öffentliche Angelegenheit zu betrachten. Es handle sich um ein Element des Sozialstaates, denn man sei bemüht, den sozialen Ausgleich zu schaffen und nicht nur große Investitionen zu fördern. „Und genau das macht Stadtplanung so interessant für Argentinien“, trotz oder gerade wegen der seit Jahren anhaltenden Rezession Argentinienens.

Angesichts der immer weiter fortschreitenden Globalisierung sei in anderen Ländern das Interesse an der Stadtplanung gewachsen, denn dort ziehe sich die öffentliche Hand trotz problematischer Phänomene nicht zurück, sondern nehme Einfluss, selbst wenn auch in diesen Ländern manchmal die finanziellen Mittel knapper würden. Nachhaltige Stadtentwicklung ist in Argentinien nach Einschätzung Welch-Guerras noch nicht genügend zum Diskussionsstoff geworden: „Solange Stadtplanung von Architekten gemacht wird, bleibt es bei städtebaulichem Design und Gestaltungsfragen.“

Möglichkeiten zur Verbesserung

Verbesserungswürdig findet Welch-Guerra auch die Abstimmung zwischen der Stadt Buenos Aires und den einzelnen Kommunen („areas metropolitanas“). Es könne nicht alleiniges Ziel der Architekten bleiben, die Wohnprobleme der Reichen zu lösen und hauptsächlich über ästhetisch-künstlerische Fragen zu streiten. Ein großes Defizit sei beispielsweise, dass derzeit keine Sozialwohnungen gebaut würden. „Puerto Madero ist das einzige erfolgreiche Großprojekt der letzten 20 Jahre. Es hat der Stadt den Zugang zum Wasser wieder gegeben, wichtige Flächen wurden erschlossen, um das Zentrum zu stärken. Und das Schöne ist, dass kein armer Mensch verdrängt wurde, denn dort wohnte niemand.“ Das Problem sei, dass Puerto Madero zum Paradebeispiel avanciert sei und nun die Gefahr bestehe, dass das Projekt bis La Boca weitergeführt werde. Im allgemeinen gebe es eine geringe Neigung, aus dem Bestand heraus Neues zu entwickeln, meint der 45-Jährige.

In einer Ende 2002 erscheinenden Publikation möchte Welch-Guerra konkrete Ansatzpunkte liefern und schildern, welche Möglichkeiten der Stadtverdichtung es gibt und wie man mit dem Suburbanisierungsphänomen in Buenos Aires umgehen kann. Ziel sei, einen dem Land angepassten Weg zu finden. Die Einführung eines Studiengangs „Stadtplanung“ in Buenos Aires wäre sein Traum, denn dadurch könne garantiert werden, dass sich zukünftig qualifizierte Experten der Stadtentwicklung annehmen.

Der Lehrstuhl „Walter Gropius“ gibt gerne Auskunft über Tagungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen, im Internet unter: www.fadu.uba.ar/catedras/gropius/index.html

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 6,8% auf 229,02, der Burcapindex um 1,7% auf 533,54 und der Börsenindex um 3% auf 11.415,63.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 3,3% auf \$ 0,6130.

Der ZB-Dollarkurs für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag \$ 1,0451.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betrugen am 29.10 \$ 18,6 Mrd., der Banknoten- und Umlauf \$ 10,39 Mrd. Eine Woche zuvor waren es \$ 19,39 Mrd. bzw. \$ 10,82 Mrd., einen Monat zuvor \$ 20,58 Mrd. bzw. \$ 10,94 Mrd. und vor einem Jahr \$ 23,32 Mrd. bzw. \$ 13,35 Mrd.

Die Noble-Tradergruppe mit Stammsitz in Hong Kong, die kürzlich sämtliche Aktiven der Schweizerischen Andrégruppe in Asien übernommen hat, und ausser in Ostasien auch in der Schweiz, Grossbritannien und den USA tätig ist, lässt sich nun auch mit vorerst US\$ 20 Mio. Investition in Argentinien nieder. Ihre wichtigsten Arbeitsgebiete sind Frachten, Schifffahrt, Energie, Metalle, Getreide, Reis und Zucker. In Argentinien will die Gruppe vorerst nur bis 1 Mio. t Getreide verschiffen und bis zu US\$ 100 Mio. im Jahr umsetzen, wofür sie von Delta Dock Anlagen im Lima-Hafen bei Zárate gemietet hat.

Die Provinzregierung von Córdoba hat die vorgesehene Konzessionierung von 80% ihres EPEC-E-Werkes ohne Fristangabe vertagt. Als Grund wurde das Ansuchen zweier der wichtigsten Interessenten für diese derzeit grösste Privatisierung in Argentinien angegeben, die Ausschreibung fristlos zu vertagen. EPEC setzt US\$ 350 Mio. im Jahr um und beschäftigt nach 600 freiwilligen Kündigungen im Rahmen eines Belegschaftsabbauplanes noch 1.850 Mitarbeiter. Für die Ausschreibung wollte die Provinzregierung vorerst US\$ 600 Mio. und dann mindestens US\$ 400 Mio. einnehmen.

Das Abkommen mit dem Cargill den Betrieb im Getreidehafen von Mar del Plata aufnehmen wird, steht vor dem Abschluss. In den letzten 2 Jahren wurde er von La Plata Cereal betrieben, die kürzlich von Bunge und Born gekauft wurde. Konzessionärin ist Elevadores Mar del Plata und das Abkommen mit Cargill, einem

der grössten Getreidehändler der Welt, soll ab Dezember für 1 Jahr abgeschlossen werden. Die Investitionen von rd. US\$ 500.000 werden von der Konzessionärin getragen.

CMS Energy, USA, gab die Absicht bekannt, alle Aktiven im Stromgeschäft in Argentinien, Brasilien, Venezuela und Jamaika abzustossen. Die Beteiligungen bei TGN (Transportadora de Gas del Norte), TGM (Transportadora de Gas del Mercosur) und Gas Atacama, das Salta mit Chile verbindet, werden behalten. Grund für die Aufgabe des Stromgeschäftes seien die zu niedrigen Grosshandels-Strompreise. Unter den Aktiven, die in Argentinien abgestossen werden, befinden sich die 17%ige Beteiligung an Hidroinvest, die die Wasserkraftwerke El Chocón und Arroyito kontrolliert, und 100% am Wärmekraftwerk Ensenada, das die Raffinerien und petrochemischen Werke von Repsol-YPF in La Plata mit Strom versorgt. Zum Verkauf soll auch das Gas- und Dampf-Kombikraftwerk Central Térmica Mendoza ausstehen, das CMS erst 1999 mit einer neuen Siemens Gas- und einer Skoda Dampfturbine für einen 240 MW-Kombibetrieb errichtete.

Am Abschlussstag des Weltenergiekongresses in Buenos Aires fielen aus noch unbekanntem Gründen 4 Trägergerüste der Hochspannungsleitungen vom Süden nach Buenos Aires um. Ein schwerer Versorgungsausfall für Argentinien konnte vermieden werden, weil von CEMSA (Comercializadora de Energía del Mercosur) über die 1.000 MW-Leitung, die argentinischen Strom über den Frequenzumformer in Garabá an das brasilianische Verbundnetz liefert, 150 MW von Brasilien nach Argentinien importiert werden konnten. Das letzte Mal bezog Argentinien brasilianischen Strom, als im November 2000 schwere Stürme 28 Hochspannungsgerüste umwarfen. CEMSA betonte die Bedeutung des Zusammenschlusses der beiden Verbundnetze, für den in einigen Monaten eine weitere 1.000 MW Hochspannungsleitung in Betrieb genommen wird.

Eine Arbeit der Consultingfirma Argentine Research über 34 an der Börse notierende Unternehmen ergab für diese von Juli bis September US\$ 201,1 Gewinn, um 32,7% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei hatten Banken im Vergleichszeitraum um 46%, Erdgasverteilungsbetriebe um 9% grössere Gewinne. Der Kleinhandel, einschliesslich Shoppings und Supermärkte, verdiente um 55% weniger. Telecom, das einzige Kommunikationsunternehmen in der Ermittlung, büsste bei fallenden Preisen 25% ein. Als Einzelunternehmen schloss Siderca, Hersteller nahtloser Rohre der Techintgruppe, aufgrund der Lage im Erdölbereich, mit

einem um 81% grösserem Gewinn ab.

Die Zeitung La Capital, Rosario, hat mit Passiven von \$ 50 Mio. die Einberufung ihrer Gläubiger beantragt. Die Hälfte der Schulden sind an das Amt für Öffentliche Einnahmen. 1997 übernahm die UNO-Gruppe von D. Vila die Kontrolle der Zeitung, die damals \$ 45 Mio. schuldete und 550 Mitarbeiter beschäftigte. Sie verringerte die Belegschaft um 45% und steigerte den Umsatz von \$ 22 Mio. auf \$ 30 Mio. Unstimmigkeiten mit den Partnern scheinen das Schicksal der Zeitung besiegelt zu haben.

Der Flughafen von Neuquén Stadt wurde mittels Dekret Nr. 1833/01 der Provinzregierung von Neuquén dem Konsortium aus Riva SA, Servicios Aéreos Sudamericanos SA, American Lodging SA, Unitec Agro SA und Compañía de Servicios Aeroportuarios SA auf 20 Jahre mit Option auf 5 weitere Jahre in Konzession übertragen. Die Gebühr beträgt \$ 10 Mio., die verpflichteten Investitionen weitere \$ 32 Mio., davon \$ 14 Mio. für Komplementärbauten. Die Nutzfläche muss von derzeit 3.500 qm auf 7.500 qm erweitert werden, um den Frachtverkehr und die bis 2015 erwarteten 900.000 Fluggäste im Jahr bedienen zu können. Auch die Modernisierungen im Kontrollturm und erweiterte Parkplätze sind vertraglich festgelegt.

Die binationale Verwaltung des Wasserkraftwerkes Yacyretá und die Konstruktionsfirma Eriday haben zur Lösung ihrer rd. 60 Streitfragen über für den Bau geschuldete Beträge, formell beschlossen, sie einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Das Abkommen wurde von R. Martínez Raymonda namens der argentinischen Verwaltung, W. Reiser namens der paraguayischen und F. Danesa im Namen von Eriday, unterzeichnet. Amtssprache ist Spanisch und Gerichtssitz Buenos Aires Stadt. Für das Schiedsgericht aus 3 Richtern wird jede der 2 Parteien ein Mitglied ernennen und der Vorsitzende wird von der CCI, der Handelskammer von Paris, ernannt. Als Kandidat der Yacyretáverwaltung wurde der anerkannte Anwalt, Diplomat und Wasserrechts-Experte J. Barberis genannt, Eriday muss seine Ernennung innerhalb von 30 Tagen durchführen. Seit 1988 fordert Eriday höhere Baukosten, die sie derzeit mit rd. US\$ 2,3 Mrd. beziffert. Während seiner Regierung hatte Präsident Menem eine gütliche Schlichtung verfügt, wobei H. Kissinger die Interessen von Eriday vertrat, während Argentinien vom ehemaligen Mitglied des Obersten Gerichtshofes, M. Cavagna Martínez, vertreten wurde. Argentinien, der alleinige Garant für die Bezahlung, erachtet die tatsächliche Schuld als etwa 30% des geforderten Betrages.

Nach Beschluss Nr. 50 (Amtsblatt

vom 30.10.01) des Staatssekretariates für Soziale Sicherheit haben die Banken 180 Tage, um die durch Dekret Nr. 895 vom Juli verfügte Eröffnung von Sparkonten für die Rentenzahlungen umzusetzen. Die Eröffnung und Kontenbewegung hat für Staat und Rentner gebührenfrei zu erfolgen und die Konten dürfen nicht pfändbar sein. Der Bankenverband Abapra will gegen die Massnahme den Rechtsweg beschreiten. Bisher erhielten die Banken vom Rentenfonds \$ 1 pro bezahlte Rente, bei Spesen von \$ 2. Mit der Massnahme will die Wirtschaftsführung \$ 73 Mio. im Jahr sparen. Die Banken sollen auch kostenlos Kunststoffkarten für Abhebungen aus den Sparkonten an automatischen Kassenschaltern ausgeben. Die Zahlung der Oktoberrenten, die im November erfolgt, sollte bereits nach der neuen Methode erfolgen, was angesichts der technischen Schwierigkeiten unmöglich erscheint.

In Escobar, im Norden von Gross Buenos Aires, wurde mit US\$ 60 Mio. Investition eine moderne Betreuungszentrale der Stiftung für neurologische Kindererkrankungen (FLENI) eröffnet. Wesentliche Mittel dafür wurden von der Pérez Companz Stiftung bereitgestellt. Schulung und Rehabilitation der Kinder und Jugendlichen sind dabei Schwerpunktbereiche.

Argentinien hat die festen Zollsätze für Einfuhren von ausserhalb des Mercosur für Textilien, Schuhe und Spielzeug angehoben. Die in Argentinien betroffenen Branchen haben jährliche Absatzeinbussen von 5% bis 15% erlitten, sowie einen Beschäftigungsschwund von 10%. Durch die weltweite Rezession wird ein erhöhter Angebotsdruck auch auf Argentinien erwartet. Die festen Zollsätze sind ein Betrag pro eingeführte Einheit, der unabhängig vom angegebenen Rechnungswert ist und dadurch die von der WHO festgelegte Obergrenze von 35% überschreiten kann.

Der Marktanteil der heimischen Werkzeugmaschinen-Fertigung ist von der herkömmlichen 40% im letzten Jahrzehnt auf 10% zurückgegangen. Die Angabe stammt vom Herstellerverband Aafmha.

Standard & Poor's hat die Benotung Argentiniens erneut herabgesetzt. Langfristige Bonds werden nur mit CC, gegen bisher CCC+, bewertet. Kurzfristige Schulden wurden aus Furcht vor dem Default auf C verringert.

Die US-Firma Azurix, die von der Wasserver- und -entsorgungskonzession in 73 Gemeinden der Provinz Buenos Aires wegen angeblichen Nichterfüllungen seitens der Provinzregierung zurücktritt, erklärte, ein US-Gericht habe seine

Klage gegen die Provinz angenommen. Die Kündigung erfolgte per 1.1.02. Azurix stützt sich auf den zwischen den beiden Staaten 1994 unterzeichneten Vertrag über gegenseitigen Investitionsschutz und fordert über \$ 500 Mio. für Rückzahlungen und Entschädigungen.

Die Benotungsfirma Fitch-IBCE hat die Schuldscheine der Provinz Chaco als zur Revision-negativ eingestuft. Gouverneur Rozas hatte die Kapitalamortisation der 1., 2. und 3. Tranche seiner Konsolidierungsbonds für insgesamt US\$ 50 Mio. vertagt, was als Insolvenz betrachtet wird.

Die Kfz-Zulieferindustrie Montich, Córdoba, und die spanische Ferrosider werden im neuen VW-Werksengelände in Córdoba gemeinsam Teile für die von VW erzeugten Getriebe herstellen. Wegen Finanzierungsschwierigkeiten hat Montich seinen Plan, in der Stadt San Francisco, Córdoba, eine Fabrik zu errichten, aufgegeben. Das Fabriksgebäude wird von der Möbelfabrik Frontera Living aus Santa Fe übernommen, die US\$ 500.000 in das neue Werk investieren wird.

Die Verringerung der Einfuhren im September um 31% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat (siehe Aussenhandelsstatistik), macht die Schrumpfung der Wirtschaft durch die Rezession deutlich. Im Mai waren die Einfuhren im Vorjahresvergleich noch um 6% geringer, im Juni um 18% und im Juli um über 20%. Das letzte Mal wurde im Juni 1993 für so wenig eingeführt wie im vergangenen September.

Der Absatz von Grundnahrungsmitteln wie Reis, Milch und Teigwaren ist in den letzten 12 Monaten um 1% zurückgegangen, davon im August und September um 2,1%. Trotzdem stiegen die Preise derselben im Vergleichszeitraum um 0,2%, nachdem sie in den letzten 12 Monaten um 2,1% abgenommen hatten. Der Konsum nicht grundlegender Nahrungsmittel, wie Gewürze, Kekse usw. nahm in den 2 Monaten um 2%, im Jahr um 1,5% zu, wobei die Preise dieser Lebensmittel ebenfalls, um 1,8% und 3,4%, zurückgegangen sind. Getränke wurden im August und September um 6,1% billiger und um 2,7% mehr abgesetzt, davon wurden Fruchtsäfte, alkoholfreie Getränke und Mineralwasser um 7,5% billiger und um 5,3% mehr verkauft.

Durch die Überschwemmungen wird die Honigproduktion in der Provinz Buenos Aires um 70% geringer als im Vorjahr sein. Das bedeutet Einnahmeverluste von \$ 50 Mio. für die Landwirtschaft. Die Provinz liefert 50% der argentinischen Honigproduktion von rd. US\$ 100 Mio. im Jahr.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen gab für 2001 die 10%ige Ver-

ringerung ihres Etats bekannt. Von den \$ 171,6 Mio., die ihm im Vorjahr zugeteilt wurden, wurden bei Sicherheit 60%, für Telefongespräche durch Einschränkungen bei der Benutzung der Zellulartelefone für Regional- und Auslandsgespräche 68%, bei Reisespesen 27%, Postgebühren 10% und bei verschiedenen Ausgaben 4,5 Mio. gekürzt. Der Sparplan wird ab sofort eingeführt.

Die Molkereunternehmen Molino Hermanos (Perez Companc) und Milkaut haben je eine Käsefabrik in der Provinz Santa Fe geschlossen und die Produktion auf andere Betriebe verlagert. Milkaut verhandelt über ihre Fusion mit der Molkereigenossenschaft SanCor.

Die private Krankenkasse Swiss Medical Group hat ihre Beteiligung an der Schwesterfirma Qualitas von 30% auf 100% für \$ 18 Mio. erhöht. Das Unternehmen, an dem die spanische Banco Santander Central Hispano mit 20% beteiligt ist, hat im Vorjahr rd. \$ 12 Mio. für 30% von Qualitas bezahlt.

Lockheed Martin Argentina übernimmt, neben ihren laufenden Tätigkeiten, nun auch die Reparatur von Turbinen, die Erdölgesellschaften für ihre Pipelines und die E-Werke für die Stromerzeugung betreiben. Das bedeutet einen zusätzlichen Umsatz von US\$ 2 Mio. im Jahr, der zunimmt, wenn der Erdölbereich weiter expandiert.

Für die Zahlung der Beamtgehälter in der Provinz Buenos Aires (A.T.27.10.) wurde verfügt, dass Löhne und Gehälter bis \$ 1.000 im Monat zu 60% in bar und zu 40% in Patacon-Bonds bezahlt werden, von \$ 1.000 bis \$ 1.800 zu 50% und 50% und ab \$ 1.800 zu 30% in bar und 70% in Pataconbonds.

Die Claríngruppe kontrolliert durch die Übernahme des 51%igen Aktienpaketes der französischen Hachette Filipacchi Press den Herausgeber der Zeitschriften Elle, Elle Decoración und Elle Novias. Der Vertrag sichert Clarín die Verlagsrechte in Argentinien, Uruguay und Paraguay für 8 Jahre.

Der Gewerkschaftsboss der Lkw-Fahrer, H. Moyano, wird ab Donnerstag die Einfahrt ausländischer Lkw nach Argentinien verhindern. Damit will er die argentinischen Arbeitsplätze schützen.

Leon Bellocq, Vizepräsident des Verbandes der argentinischen Reisbauern, hat eine Verschiffung von subventioniertem US-Reis nach Brasilien angezeigt. Der Frachter Sophia fahre gegenwärtig von USA nach Rio Grande mit 27.000 t. Reis, der zu US\$ 105 pro Tonne geliefert werde, obwohl der USA-Landwirt US\$ 180 erhalte. Die Reisbauern in Corrientes y Entre Rios erhielten hingegen nur

Senkung der Strom- und Gastarife

Ab dem 1.11.01 sind, wie in den Konzessionsverträgen vorgesehen, neue, diesmal geringere, Strom- und Gastarife in Kraft. Bei der Stromversorgung werden die Preise für Haushalte mit kleinem und mittlerem Verbrauch um 4,75% geringer, für Haushalte mit grossen Verbrauchszahlen um 9%. Für Geschäfte beträgt die Verringerung zwischen 3,4% und 6,7%, für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) 6,3% und für mittlere Industriebetriebe 8,4%.

Die angegebenen Zahlen sind als Durchschnittswerte zu verstehen. Die Tarifanpassung an die Grosshandelspreise hat alle drei Monate zu erfolgen. Schon im August wurden die Strompreise für Haushalte um durchschnittlich 6% bis 11% und für Unternehmen um durchschnittlich 9% verringert. Die schweren Regenfälle haben die Staudämme stark aufgefüllt, so dass mehr Strom durch Wasserkraft erzeugt werden konnte, die billiger als Gas oder Heizöl ist, was die weitere Preissenkung bewirkt.

Beim Erdgas sind ebenfalls dreimonatige Anpassungen vorgesehen. Hier wirken sich die Unterschiede zwischen den verschiedenen Lieferanten jedoch stärker aus. Der Kubikmeterpreis für Einfamilienhäuser wird ab dem 1.11.01 bei GasNatural um 3,78% geringer sein, bei Metrogas in Buenos Aires Stadt um 3,06% und in der Provinz Buenos Aires um 2,98%. Bei GasNor fällt er zwischen 5,17% und 5,21%, bei GasCentro um 3,81%, GasLitoral zwischen 3,44% und 3,55%, Gas NEA um 2,8%, Redengas 4,8% und bei Gas Cuyana zwischen 3,52% und 4,4%. Diese Preisverringerungen können allerdings bei einzelnen Lieferanten geringer ausfallen, wenn eventuell Monatsabrechnungen für Verbraucher von über 150 cbm ausgestellt werden.

Einige Telefongesellschaften stellen bereits Monatsrechnungen aus. Die Gaslieferanten wollen allerdings mit jeder Einzelrechnung die Grundgebühr kassieren, das wären statt 6 jährlichen Grundgebühren von \$ 8 und \$ 48 im Jahr, nun 12 Grundgebühren, also \$ 96 im Jahr. Etwa 20% der Verbraucher würden von dieser Massnahme betroffen werden.

US\$ 125 bis US\$ 135. Der Verband habe gefordert, dass der Mercosur-Aussenzoll auf 35% erhöht werde, was jedoch auf taube Ohren stosse. Nachdem die argentinische Reisproduktion einen Rekord von 1,6 Mio. t. in der Periode 1998/99 erreicht habe, sei sie dieses Jahr auf 840.000 t. gesunken. Cavallo hat für die Reisproduktion einen Konkurrenzfähigkeitsplan eingeführt, der jedoch laut Bellocq nutzlos sei, solange die subventionierten US-Lieferungen nach Brasilien andauern.

Durch Dekret 1385/01 (Amtsblatt vom 2.11.01) wurde bestimmt, dass die Steuervergünstigungen, die im Rahmen der Konkurrenzfähigkeitspläne (Gesetz 25.414 und Dekret 730/01 und 987/01) gewährt worden sind, auch dann gültig sind, wenn die Provinzen oder die Stadt Buenos Aires sich nicht angeschlossen haben. Dies gilt bis zum 31.3.02.

Durch Dekret 1377/01 (Amtsblatt vom 2.11.01) wurde das nationale System der Transportinfrastruktur (SIT) geschaffen, das vom Ministerium für Infrastruktur und Wohnungsbau abhängt. Binnen 120 Tagen muss die Behörde des Systems mit den Provinzen über den interprovinziellen Rat für öffentliche Bauten (CIMOP) das Strassennetz (national und provinziell) und das Eisenbahnnetz bestimmen, die in diesem Programm inbegriffen sind. Danach wird die Behörde die Investitionsprojekte bestimmen und Ausschreibungen für bis zu \$

800 Mio. einleiten. Dies wird mit den Mitteln des Treuhandfonds finanziert, der durch das Dekret 976/01 geschaffen wurde und mit Brennstoffsteuern gespeist wird. Das Dekret sieht die genaue Aufteilung der Mittel vor.

Durch Dekret 1386/01 (Amtsblatt vom 2.11.01) wurden die Unternehmen, die ihre Haupttätigkeit in Notstandsgebieten haben, die im Rahmen des Gesetzes 24.959 als solche bestimmt worden sind, von der Gewinnsteuer, den Steuern auf den vermuteten Mindestgewinn, dem Sonderbeitrag auf das Kapital von Genossenschaften und der Einheitssteuer befreit. Dies bezieht sich auf die überschwemmten Gebiete in den Provinzen Buenos Aires, Córdoba, Santa Fe und La Pampa.

Durch Dekret 1387/01 (Amtsblatt vom 2.11.01) wurde der Paragraph 823 des Zivilgesetzbuches dahingehend geändert, dass Schulden des Staates, die aus Titeln und deren Zinsen stammen, mit Schulden jeder Art des Privatunternehmens mit dem Staat konkurrieren werden können. Bei anderen Staatsschulden wird bestimmt, welche kompensierbar sind und welche nicht.

Durch Dekret 1382/01 (Amtsblatt vom 2.11.01) wurde ein integriertes System für den Schutz der Familie geschaffen. Es handelt sich hier um verschiedene Subventionen für Kinder, Mütter und ältere Personen.

Rückgang der Fiskaleinnahmen um 11,3%

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates aus Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im Oktober mit \$ 3,6 Mrd. um 11,3% unter dem gleichen Vorjahresmonat, aber um 2,2% über dem Vormonat. Der Rückgang bei der MwSt. (die 30% der Gesamteinnahmen ausmacht) betrug gegenüber dem Vorjahr 28,5% und gegenüber dem Vormonat 5,6%, wobei die vom Steueramt eingenommene Steuer um 20,8%, bzw. 4,7% abnahm und die vom Zollamt einbehaltene Steuer um 31,4% gegenüber dem Vorjahr zurückging, aber um 6,5% über dem Vormonat lag. Bei der MwSt. wirkt sich die Verrechnung der Schecksteuer zunehmend aus, was sich zur Rezessionswirkung gesellt.

Auch bei der Gewinnsteuer wirken sich diese Faktoren aus, so dass die Einnahmen im Vorjahresvergleich um 15,4% zurückgingen, jedoch im Vormonatsvergleich um 5,4% stiegen, weil im Oktober Vorschüsse fällig wurden, was im September nicht der Fall war.

Die Steuer auf den vermuteten Mindestgewinn nahm um 27,2% ab und auf gezahlte Zinsen um 59,5%, was auf die Konkurrenzfähigkeitsabkommen zurückzuführen ist, wobei jetzt angekündigt wurde, dass diese Steuern ab Anfang 2002 ganz abgeschafft werden. Dies veranlasst viele Steuerzahler schon jetzt nicht mehr zu zahlen, da eine Steuer, die verschwindet, dann auch kaum noch kontrolliert wird.

Der starke Importrückgang wirkt sich einmal auf die vom Zollamt

einbehaltene MwSt. aus, dann aber auch auf die Aussenhandelssteuern (vornehmlich Zölle), die im Vorjahresvergleich um 36,6% abnahmen. Indessen nahmen die Einnahmen im Vergleich zu September um 83,4% zu, was auf die Wirkung des Korrekturfaktors zurückzuführen ist, der bei Importen erhoben, jedoch bei Exporten nur mit Verzögerung gezahlt wird.

Die Einnahmen aus persönlichen Beiträgen zum staatlichen Sozialsystem lagen um 9,2% unter dem Vorjahr, und die Unternehmerbeiträge um 9,4% niedriger. Das ist auf die niedrigere Beschäftigungsquote, auf Lohnsenkungen und auf Säumigkeiten zurückzuführen. Auch bei den privaten Rentenkassen sanken die Einnahmen im Vorjahresvergleich um 4,5%, obwohl die Zahl der Mitglieder ständig wächst. Hier handelt es sich um Säumigkeit.

Die Steuer auf Giro- und Sparkonten brachte im Oktober \$ 406,5 Mio. ein, um 7,8% mehr als im September. Dies ist auf die Erweiterung der Steuer auf Sparkonten zurückzuführen. Mehr als \$ 100 Mio. werden jedoch dann von der MwSt. und der Gewinnsteuer abgezogen.

Bei der Aufteilung der Einnahmen entfallen \$ 1,77 Mrd. auf die Nationalregierung (minus 20,8% gegenüber dem Vorjahr), \$ 625,4 Mio. auf das System der sozialen Sicherheit (minus 6,1%) und \$ 1.1 Mrd. auf die Provinzen (minus 1%). Dieser letzte Betrag liegt jedoch weit unter den zugesicherten \$ 1,36 Mrd.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Umschuldung mit Steuergeschenken

Die Berichtswoche hat in Sachen Vertrauenskrise alle bisherigen Rekorde geschlagen. Die Länderrisikoprämie, längst in der Öffentlichkeit als Messlatte für die Einschätzung der Wirtschaft angesehen, torkelte bis über 2.500 Basispunkte gleich 25% über den Zinssatz von US-Treasuries von gegenwärtig knapp über 4% per annum, zusammen etwa 30%. Die internen Zinssätze für Tagesgelder ufernten auf zeitweise 170% aus. Die Depression, in der sich die Wirtschaft seit mehreren Monaten befindet, zeigte immer neue Indikatoren über fallende Umsätze mit nachfolgenden niedrigen Steuereinnahmen. Das Gespenst des Defaults und der Abwertung des Peso schwebte nach wie vor über der Wirtschaft.

Präsident Fernando de la Rúa stellte sich am Donnerstag der Öffentlichkeit mit zwei Reden. Einmal beim Mittagessen der Argentinischen Handelskammer und dann am Abend vor dem Fernsehen dementierte der Staatschef energisch jegliche Möglichkeit der Abwertung und des Defaults. Erstmals beschrieb er die katastrophalen Folgen der Abwertung und der Zahlungseinstellung staatlicher Bonds für die Gesellschaft schlechthin, ohne freilich das Risiko seiner eigenen Stellung als Staatschef anzusprechen. In einigen Ländern, die in den letzten Jahren Default erklärt haben, wurden die Präsidenten abgesetzt oder sie mussten demissionieren. Hierüber munkeln parteipolitische Kreise seit einiger Zeit, wie ein

Rücktritt des Präsidenten im Sinn des Nachfolgegesetzes geregelt werden würde.

Gleichzeitig mit der Bestätigung des Nulldefizits, das die Abwertung und das Default vermeidet, verkündete de la Rúa in grossen Zügen die Massnahmen, die sein Kabinett ausgearbeitet hat und die am nächsten Tag im Amtsblatt verkündet wurden. Nachfolgend erläuterten die Ministerin Patricia Bullrich, die jetzt für Soziale Sicherheit zuständig ist, und Wirtschaftsminister Domingo F. Cavallo im Konferenzsaal des Banco de la Nación vor geladenen Gästen einige Einzelheiten dieses Massnahmenpakets.

● **Schuldenswap:** Der Präsident und sein Wirtschaftsminister hoffen, rund \$ 4,0 Mrd. im Jahr 2002 einzusparen, wenn es ihnen gelingt, die Bonds, die zu 11% oder höher verzinst werden, gegen 7prozentige neue Bonds umzutauschen. Hierfür werden als Sondergarantien die Einnahmen aus den Beteiligungsteuern („impuestos coparticipados“) und der Steuer auf Gutschriften und Belastungen von Bankkonten, genannt Schecksteuer, angeboten. Das soll sowohl im Inland wie im Ausland erfolgen, ohne dass bekannt wäre, ob die Bondsinhaber bereit seien, das Angebot anzunehmen. Das Nulldefizitgesetz garantiert ohnehin die Zinszahlungen mit Steuereinnahmen.

Der Internationale Währungs-

fonds liess zeitgleich verlauten, dass er die gewünschte Vorverlegung auf November der für Dezember vorgesehenen Ziehung von U\$S 1,2 Mrd. nicht zulässt und dass die im Abkommen vom vergangenen August für Sondergarantien vorgesehenen U\$S 3,0 Mrd. zur Verfügung stehen, anstatt dass sie erst im März 2002 angezapft werden dürfen. Allerdings setzt dies voraus, dass das Nulldefizit eingehalten wird und dass das von der Regierung versprochene Abkommen mit den Gouverneuren abgeschlossen wird. Letzteres ist bekanntlich geplatzt, nachdem die Regierung den Gouverneuren mitgeteilt hat, dass sie keine Mittel besitzt, um die Differenz zwischen der Schwelle von \$ 1.364 Mio. monatlich und den tatsächlich eingetribenen Beteiligungssteuern zu zahlen. Diesbezügliche Verzögerungen sind bereits in der Nähe einer Milliarde Pesos seit Jahresmitte, die monatlich um über \$ 300 Mio. zunehmen. Die Gouverneure sind angeblich bereit, die Hälfte in sogenannten Lecop-Bonds der Nationalregierung zu beziehen, sofern die andere Hälfte in bar ausbezahlt wird. Das hat sich mangels Mittel als nicht machbar herausgestellt. Hier klafft eine institutionelle Krise, deren Lösung abzuwarten ist. Unterdessen beschränkt sich die Ankündigung über den Schuldenswap auf einen freundlichen Vorschlag, zu dem die Bondsinhaber

nicht Stellung genommen haben.

● **Steuergeschenke:** zwei neue Steuergeschenke hat sich die Wirtschaftsführung ausgedacht, um die Nachfrage und den Konsum zu beleben, damit die Wirtschaft reaktiviert wird, woraus sich höhere Steuereinnahmen ergeben sollen.

Einmal wurden die Beiträge der Arbeitnehmer an die Rentenkassen AFJP und die staatliche Anses von 11% auf 5% um ganze 6 Prozentpunkte gesenkt. Das soll den Taschenlohn („salario de bolsillo“) entsprechend vermehren, damit die Arbeitnehmer höhere Käufe tätigen. Freilich geht dieses Steuergeschenk einher mit einer entsprechend verringerten Ersparnis der Arbeitnehmer bei den Rentenkassen AFJP zu Lasten ihrer künftigen Renten, deren Kapital weniger zunimmt und geringere Renditen für besagte Renten abwerfen wird. Hierzulande werden solche Übungen als Brot für heute, Hunger für morgen („pan para hoy, hambre para mañana“) umschrieben.

Arbeitnehmer, deren Gehälter und Löhne künftig auf Bankkonten eingezahlt werden, gegen die sie mit Belastungskarten („tarjetas de débito“) ziehen dürfen, werden mit einer Senkung der Mehrwertsteuer von 5 Prozentpunkten beglückt, die ihnen auf ihr Konto gutgeschrieben werden. Das wird sich zumal bei Einkäufen in Supermärkten auswirken, wo mit solchen Karten bezahlt wird. Andere Käufe mögen billiger ausfallen,

wenn die Verkäufer bei Barzahlung höhere Preisabschläge verheissen. Wie hoch der Einnahmeverlust für die Steuerbehörde ausfallen wird, lässt sich nicht sagen. Trotzdem fällt dieses Steuergeschick ins Gewicht, da der zentrale Indikator für die Solvenz des Schatzamtes die monatliche Einnahme der Steuerbehörde AFIP (DGI für Steuern, Zollverwaltung und Anses für Sozialbeiträge) ist. Die Steuereinnahmen leiden gewaltig unter der Depression der Wirtschaft.

● **Steuerschulden:** mehrere neue Massnahmen eröffnen abermals (zum wievielten Mal?) die Möglichkeit eines Moratoriums für säumige Steuerzahler. Das bringt erfahrungsgemäss nur kurzfristig mehr Einnahmen für die Steuerbehörde. Dieses Mal werden neue Alternativen geboten. Forderungen und Schulden der Steuerzahler gegenüber dem Staat dürfen künftig unter bestimmten Voraussetzungen kompensiert werden. Das ist sicherlich gerecht, geht aber ebenfalls mit einem fühlbaren Einnahmeverlust für die Steuerbehörde einher. Des weiteren wird den Steueründern die Möglichkeit gegeben, gewisse Schulden in Aktien umzuwandeln, die die Steuerbehörde einem Treuhandfonds übergibt, den die Banco de la Nación verwalten soll.

Ferner wird den Steueründern

mit Fluchtkapital erstmals die Fazität geboten, hinterzogene Steuern weiss zu waschen, indem sie steuer- und bussefrei solche Aktien oder allgemeine Staatsbonds erwerben, ohne dass sie die Zunahme ihres versteuerbaren Vermögens erklären müssen. Sofern kein Vertrauen in die Solvenz des Schatzamtes hergestellt wird, dürfte dieses ethisch nicht vertretbare Privileg zugunsten der Steuerhinterzieher kaum fruchten. Bei Schatzamtssolvlenz können solche Fluchtgelder auch jetzt eingegeben und blockiert werden, so dass die Steuerschuld nach fünf Jahren verjährt. Das hat so viel wie niemand getan, weil die Schatzamtssolvlenz keinesfalls garantiert ist und stets befürchtet wird, dass der Staat seine Hand auf die privaten Vermögen legt.

● **Sozialgelder:** das längst angekündigte Kindergeld von \$ 30 im Monat für Eltern mit Einnahmen von weniger als \$ 1.000 wurde im Amtsblatt verkündet und soll ab 1. Januar 2002 in Kraft sein. Damit sollen auch schwarze Einnahmen begünstigt werden. Ferner wurde die Gnadenrente von \$ 100 für Familienoberhäupter, die 75 Jahre oder älter sind und keine Rente beziehen, ebenfalls eingeführt. Das Kindergeld ersetzt bisherige Familiengelder. Beide Zulagen werden durch die geplante Zusammenlegung zahlreicher Sozialprogramme finanziert. Der

Kompetenzenstreit zwischen dem bisherigen Sozialministerium unter Daniel Sartor und dem neu geschaffenen Ministerium für soziale Sicherheit unter Patricia Bullrich wurde dahingehend geregelt, dass jenes Ministerium nur noch Nahrungsmittel verteilt und für Katastrophen zuständig ist, wogegen das neue Ministerium alle anderen Sozialprogramme verwaltet.

● **Steuerreformen:** Das Steuerkonzept Cavallos, wie er es Ende März ebenfalls im Banco de la Nación vor geladenen Gästen vorgestellt hatte, wurde abermals bestätigt. Die Zinssteuer und die Steuer auf vermeintliche Gewinne sollen im April 2002 auslaufen, ein Jahr später, als Cavallo damals vorweggenommen hatte. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber werden dann voll und ganz gegen die Mehrwertsteuer angerechnet, wie es bisher nur die Begünstigten der sogenannten Wettbewerbspläne („planes de competitividad“) durchführen dürfen und alle anderen nur für die Differenz zwischen 16% der Lohnsummen und den vorherigen Sätzen je nach Standort. Hier sind gewaltige Verluste der Steuereinnahmen zu Lasten der Gliedstaaten verborgen, da die Nationalregierung über ihre Anses die Beiträge kassiert, aber die Gliedstaaten geringere Mehrwertsteuern einheimsen.

● **Weitere Massnahmen:** Das

leidige System der sogenannten bestätigten Rechnung („factura conformada“), an dem mehrere Regierungen seit vierzig Jahren herumbasteln, wurde abermals reformiert, damit Lieferanten die Rechnungen bei Banken diskontieren können, was bisher stets am Widerstand grosser Käufer, insbesondere der Supermarkets, gescheitert ist. Ob das neue System funktionieren wird, muss abgewartet werden.

Die Steuerbehörde AFIP soll als Staatsstelle autonom wirken und ihre Mitarbeiter sollen am Steuererlös mit einem Etat von 2% der Einnahmen beteiligt werden. Ob das fruchtet und die erwartete Verbesserung der Bekämpfung der Hinterziehung bewirkt, muss noch bewiesen werden. Bisher ist es der Steuerbehörde nicht gelungen, die Steuerhinterzieher zur Kasse zu bitten.

Eine neue Steuer von 5 Centavos je Liter Brennstoff soll einen Infrastrukturfonds speisen, mit dem die notwendigen Kanäle zur Ableitung des Wassers von den gewaltigen Überschwemmungen in den Provinzen Buenos Aires und Santa Fe sowie Strassenbauten und andere Objekte der Infrastruktur zu finanzieren sind. Solche Bauten hängen weitgehend von den Finanzierungsmöglichkeiten der Baufirmen ab, die bei den obwaltenden Zinssätzen kraft Vertrauenskrise vorerst nicht machbar sind.

Die Provinzen erhalten weniger Geld

Nachdem die viertägigen Verhandlungen von Cavallo mit den Gouverneuren am Freitag der Vorwoche ergebnislos zu Ende gegangen waren, hat der Minister noch am gleichen Tag angekündigt, dass der Nationalstaat den seinerzeit vereinbarten Betrag von \$ 1.360 Mio. als untere Grenze der Beteiligung der Provinzen an den Nationalsteuern nicht einhalten und von nun an nur Einzelverhandlungen führen werde. In der Tat führen diese Zusammenkünfte mit sämtlichen Gouverneuren nur zu einer Verhärtung der Positionen und zu demagogischen Reden, da die Gouverneure dann für ihr Publikum sprechen und keiner gegenüber seinen Kollegen als nachgiebig erscheinen will.

Die Lage der Provinzen ist entschieden sehr unterschiedlich, so dass eine gleiche Behandlung wenig sinnvoll erscheint. Am einen Extrem ist Santa Cruz, mit hohen Einnahmen aus Erdölgebühren (die Provinz erzeugt 20% des argentinischen Erdöls bei einer Bevölkerung von unter 1% der Gesamtbevölkerung des Landes). Am anderen Extrem liegt an erster Stelle Buenos Aires, mit hohem Defizit und hoher Verschuldung, aber auch Chaco, Formosa, Jujuy und Entre Ríos. Dann bilden Provinzen mit einer einigermassen geordneten Verwaltung, nämlich San Luis, La Pampa, Córdoba und Santiago del Estero, eine andere Gruppe. Und dann kommen noch die anderen Provinzen, die alle finanzielle Probleme haben.

Die Verhandlungen mit den Gouverneuren gingen jedoch auf höherer Ebene weiter, zum Teil mit Präsident De la Rúa und zum Teil mit Kabinettschef Colombo, gelangten jedoch zu keinem Abschluss. Nur musste Colombo dabei eine verbale Misshandlung durch einige Gouverneure ertragen, was in einem zivilisierten Land zu einer sofortigen Aufhebung der Verhandlung geführt hätte. Ohnehin ist nicht zu erwarten, dass die Provinzen die Kürzung der Zuwendungen bewilligen. Des-

halb geht Cavallo richtigerweise davon aus, dass er dem Nulldefizit Vorrang gibt und die Beteiligung der Provinzen an Nationalsteuern so weit kürzt, wie es für diesen Zweck notwendig ist. Cavallo wollte dies vor den Obersten Gerichtshof bringen; aber De la Rúa winkte sofort ab. Indessen wäre es wichtig, wenn diese oberste juristische Instanz über den Konflikt zwischen Gesetzen entscheidet. Denn auch die Gehälter und Renten sind gesetzlich verankert. Hier geht es nicht nur um das Prinzip, dass das letzte Gesetz Vorrang vor älteren hat, sondern um die Staatsraison, also der Vorrang von Gesetzen, die eine grundlegende Bedeutung für die Erhaltung der Nation haben. Dieses Prinzip ist zwar nicht in der Verfassung enthalten, wurde jedoch mit einer eigenartigen Begründung schon bei der Umwandlung von Fristdepositen in Bonex im Jahr 1990 und in anderen Fällen angewendet.

Im Oktober haben die Provinzen nur \$ 1.028,3 Mio. von den Nationalsteuern erhalten, also \$ 335,6 Mio. unter der Mindestgrenze. Das ist weniger als in Vormonaten. In 10 Monaten 2001 hat der Nationalstaat somit \$ 902 Mio. weniger als verpflichtet überwiesen. Jetzt ist die Rede davon, dass dieser Betrag von der Nationalregierung als Schuld anerkannt wird, jedoch in den als Lecop bezeichneten Staatspapieren bezahlt werden soll, die geldähnlichen Charakter haben, da sie auf den Inhaber lauten, unbegrenzt übertragbar sind und für Zahlung nationaler Steuern eingesetzt werden können, so dass man annimmt, dass sie sogar besser als die Patacones der Provinz Buenos Aires umlaufen werden. Die Provinzen fordern jedoch mindestens die Hälfte in bar.

Abgesehen davon sollen die Beträge, die die Provinzen erhalten, gekürzt werden. Es ist von 13% die Rede, aber in Wirklichkeit wird es ebenso viel sein, wie die Einhaltung des Nulldefizites erfordert. Für Provinzen, die ohnehin Defizit haben, ist dies eine besonders bittere Pille.

Cavallo erklärte am Freitag der Vorwoche, die Provinzen seien am gegenwärtigen Debakel Schuld, weil sie ihre Ausgaben in den letzten Jahren unverhältnismässig stark gesteigert und dann Kredite zu unverantwortlich hohen Zinsen aufgenommen hätten. Global gesehen hat er recht, da die Provinzen ihre Ausgaben ab 1996 um rund \$ 5 Mrd. erhöht und Kredite zu Sätzen von 24% aufgenommen haben, trotz der Garantie der Beteiligung an den Nationalsteuern, die wirklich gut ist.

Die Zahlung mit Lecop löst jedoch das Defizitproblem nicht. Denn es handelt sich um Staatspapiere, mit denen ein Defizit finanziert aber nicht ausgeglichen wird. Die Lecop dienen, um andere Schulden des Nationalstaates bei Verfall auszugleichen, da es sich um eine einfachere und billigere Verschuldung handelt. Denn obwohl diese Titel einen Zinssatz von 7% tragen, werden sie weitgehend vorher ausgezahlt werden, da sie für Steuerzahlungen eingesetzt werden. Dann zahlt der Staat kei-

ne Zinsen.

Die Auseinandersetzung mit den Provinzen wird voraussichtlich ein Dauerbrenner sein, da der Nationalstaat ihnen das Geld, das sie fordern, nicht geben kann, und die Gouverneure dabei in finanzielle Schwierigkeiten geraten und ihre Ausgaben verringern müssen. Dabei ergibt sich auch, dass die Provinzen die Beträge, die sie ihren Gemeinden zuwenden, auch nicht zahlen, bzw. stark kürzen, was mehrere Bürgermeister veranlasst hat, die Eintreibung ihrer Gebühren (die eigentlich lokale Steuern sind) zu privatisieren. Vor längerer Zeit haben die Gemeinden Quilmes (Provinz Buenos Aires) und Resistencia (Chaco) dies schon mit grossem Erfolg getan. Auch die Provinzen Córdoba und San Luis haben private Firmen zu diesem Zweck verpflichtet. Nur die Nationalregierung tut nichts in diesem Sinn, obwohl die Steuereintreibung durch die AFIP eine wahre Katastrophe ist.

Der Freihandel EU-Mercosur

Wie im vergangenen Juli in Montevideo zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Mercosur vereinbart worden war, hat die Delegation des Mercosur vor Ende Oktober in Brüssel die Gegenofferte für die Bildung einer Freihandelszone zwischen beiden Zollunionen EU und Mercosur eingereicht. Die EU hatte ihre Offerte in Montevideo vorgebracht, mit der die Verhandlungen eingeleitet worden sind.

Es geht beiden Verhandlungspartnern um die Bildung einer präferenziellen Freihandelszone in zehn Jahren ab Inkrafttreten des betreffenden Vertrages. Hierfür muss der Warenverkehr zwischen beiden Zollunionen zu mindestens 90% des Handels von Zöllen und anderen Hindernissen befreit werden, wie es die Statuten der Welthandelsorganisation (WHO), ex GATT, vorsehen.

Die Offerte der EU wurde von Mercosur-Sprechern als besonders dürftig eingestuft, weil sie nur die Wertzölle umfasst, nicht aber andere Importhindernisse sowie die Agrarsubventionen und Garantiepreise. Die EU-Sprecher betonten hingegen, dass ihre Offerte mehr als 90% des Importhandels aus dem Mercosur begünstige und somit im Einklang mit den WHO-Vorschriften bezüglich einer Freihandelszone stehe.

Die Mercosur-Delegation in Brüssel unter der Federführung des uruguayischen Vizeausserministers Guillermo Valdés (Uruguay übt im jetzigen Halbjahr den Vorsitz im Mercosur aus) legte eine Gegenofferte vor, die grundsätzlich alle 9.410 Importzollpositionen umfassen soll. Vorerst beschränkt sie sich auf 8.851 Zollpositionen. Die Offerte bezieht sich wertmässig ebenso wie diejenige der EU auf die durchschnittlichen Jahresimporte des Trienniums 1998-2000 von U\$S 41,2 Mrd., wovon U\$S 18,8 Mrd. auf Mercosur-Exporte und U\$S 22,4 Mrd. auf EU-Exporte entfallen.

Die Offerte umfasst fünf Warengruppen, bezogen auf U\$S 7,7 Mrd. durchschnittliche EU-Jahreslieferungen jener drei Jahre. Eine erste Gruppe für U\$S 2,0 Mrd. soll mit dem Inkrafttreten des Abkommens zollfrei zugelassen werden. Eine zweite Gruppe von U\$S 1,1 Mrd. soll im Verlauf von acht Jahren und die drei anderen Gruppen von U\$S 4,4 Mrd. in zehn Jahren sukzessive von Zöllen befreit werden. Diese Handelsliberalisierung betrifft vorerst 31,1% des Warenverkehrs.

Begünstigt sollen Maschinen und elektrische Apparate für U\$S 3,4 Mrd., Chemikalien und Pharmazeutika für U\$S 2,0 Mrd., Transportmittel für U\$S 738 Mio. und optische Instrumente für U\$S 533 Mio. werden. Diese Werte beziehen sich auf den ermittelten Handel im letzten Triennium. Des weiteren sollen 40% der landwirtschaftlichen Importe aus der EU ebenfalls zollmässig liberalisiert werden.

Die Offerte beschränkt sich nicht nur auf den Warenverkehr, sondern bietet freizügige Dienstleistungen und den nicht näher umschriebenen Zugang europäischer Lieferanten zu den Staatsbeschaffungen im

Mercosur an. Die EU-Offerte hatte ähnliche Forderungen gestellt.

Die Mercosur-Offerte hat offensichtlich die EU-Kommissare überrascht. Ihr Kommissar, der Franzose Pascal Lamy, der für diese Verhandlungen zuständig ist, gab seiner Zufriedenheit über die Tatsache zum besten, dass sich der Mercosur zu dieser Offerte hat durchringen können und sie fristgemäss vorgebracht hat, weil er sich der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mercosur-Partner bewusst sei.

Das argentinische Aussenministerium verbreitete ein Kommuniqué, in dem klargestellt wird, dass der Mercosur bereit ist, über alle Zollpositionen zu verhandeln. Genau das bedeutet eine Freihandelszone, anders als ein bilateraler Präferenzhandel, der nur einige Zollpositionen umfasst. Dieses hehre Ziel erfordert indessen in der Sicht des Aussenministeriums, dass die Hindernisse und Verzerrungen im bilateralen Warenverkehr ausgeräumt werden, darunter die Exportsubventionen europäischer Agrarprodukte, die internen Unterstützungen für europäische Landwirte, die vorgeschriebenen Importpreise in Europa, gewisse hohe Zollsätze verarbeiteter Agrarprodukte und der Missbrauch sanitärer Vorschriften (gemeint ist die Maul- und Klauenseuche, die Hormone und andere).

Der Mercosur hat deshalb die EU-Offerte seinerzeit als sehr bescheiden eingestuft, weil nur die Wertzölle abgebaut werden, aber die anderen Hindernisse und Verzerrungen im Agrarhandel ausgeklammert wurden. Ohnehin importiert die EU längst zahlreiche Agrarprodukte aus dem Mercosur zollfrei.

Die Mercosur-Offerte hat nun die Freihandelsgespräche in Bewegung gesetzt. Man darf keineswegs vorwegnehmen, dass es demnächst zu einem Abkommen zwecks Bildung einer echten Freihandelszone in zehn Jahren kommen wird, die über 90% aller Zollpositionen umfasst und beiden Partnern im Wirtschaftsraum des anderen Präferenzen gegenüber Lieferanten aus Drittländern, zumal USA und Asien, einräumt.

Immerhin haben sich beide Partner auf eine gemeinsame Tagesordnung geeinigt und wissen jetzt genau, was der andere Partner bezweckt. Ob sich die EU in ihrer besonders restriktiven und schutzsüchtigen Agrarpolitik über ihren eigenen Schatten erheben wird, um ein echtes Abkommen mit dem Mercosur zu vereinbaren, muss vorerst bezweifelt werden. Möglicherweise mag es zu Vereinbarungen kommen, deren Schwelle die EU-Bereitschaft sein dürfte, den Agrarwünschen des Mercosur entgegen zu kommen. Umgekehrt wird der Mercosur kaum bereit sein, alle Industriezölle zugunsten der EU-Lieferanten abzubauen, wenn keine attraktive Marktöffnung auf der Gegenseite blüht. Vorerst ist das Eis der Verhandlungen mit beiden Offerten gebrochen worden. Auch ein Fortschritt, wenngleich sehr bescheiden.